

Mietendeckel notwendig

120.000 Wohnungen in Neukölln von Mietendeckel betroffen.
Rekommunalisierung der Wohnungskonzerne gut für Neukölln

Einwohner:innenanfragen

In der Einwohner:innenfragestunde fragt die Initiative „Schule in Not“ nach dem aktuellen Stand der Anmeldung von Stellen für die Rekommunalisierung der Schulreinigung für die Haushaltsplanaufstellung. Leider konnte der Bürgermeister noch keinen konkreten Bedarf an Reinigungspersonal benennen. Die Stellenanmeldung ist eine zentrale Voraussetzung für die von der BVV beschlossene Eigenreinigung der Schulgebäude. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt u.a. mit dem Antrag „Rekommunalisierung der Schulreinigung im Doppelhaushalt 2022/23 umsetzen“ (Drs. Nr. 2211/XX) das Anliegen der Initiative und forderte das Bezirksamt zum raschen Handeln auf.

Entschließungen

Die FDP setzte sich erfolglos für eine Entschließung zum Internationalen Tag für das Recht auf Wahrheit über schwere Menschenrechtsverletzungen ein. Sie erklärte, dass die Namensgeberin der Lucy-Lameck-Str. in die Zerschlagung von Gewerkschaften verwickelt war. Offenbar ist der FDP jedes Mittel Recht, um die tansanianische Frauenrechtlerin zu diskreditieren.

Mündliche Anfragen

Mit einer mündlichen Anfrage thematisiert Doris Hammer für DIE LINKE das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. In der Beantwortung stellt der zuständige Stadtrat fest, dass die Rekommunalisierung großer Wohnungsbestände einen positiven Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes hätte.

Anlässlich des tödlichen Verkehrsunfalls in der Oderstr. fragte Thomas Licher, wie derartige Unfälle künftig verhindert werden können. In der Oderstr. Ecke Siegfriedstraße wurde eine Radfahrerin kürzlich von einem rechtsabbiegenden LKW erfasst.

Mietendeckel

Im Rahmen einer großen Anfrage erkundigte sich Marlis Fuhrmann für DIE LINKE nach den Erfahrungen des Bezirksamts mit dem Mietendeckel. Laut eigenen Berechnungen fallen ca. 120.000 Wohnungen in Neukölln in den Regelungsbereich des Mietendeckels. Die Anzahl an Haushalten, die konkret vom Mietendeckel betroffen sind, sei jedoch unbekannt.

Das Bezirksamt berichtet, dass alle vier Stellen für die Kontrolle des Auskunftsrechts der Mieter:innen sowie die Regelungen zum Mietenstopp und der Mietobergrenze besetzt und zumindest bislang ausreichend sind.

In 2020 konnte das Bezirksamt insgesamt 445 diesbezügliche Vorgänge bearbeiten.

DIE LINKE wieß daraufhin, dass - sollte das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel für Berlin teilweise oder ganz für unzulässig erklären - vorsorglich Maßnahmen zur Absicherung der Mieter:innen gegen Kündigung und nicht leistbare Mietnachzahlungen ergriffen werden müssen.

Ältestenrat

Einen Erfolg konnte die Fraktion DIE LINKE bei einem Änderungsantrag zur Geschäftsordnung vermelden. Weil die Fraktion der AfD gehäuft während der BVV-Sitzungen den Ältestenrat einberief, beschloss die BVV nun auf Initiative von DIE LINKE, diese Ältestenratssitzung als Fortsetzung der Ältestenratssitzung unmittelbar vor der BVV zu werten. Damit entfällt das Sitzungsgeld, welches sonst für jede auch nur 5-minütige Ältestenratssitzung angefallen wäre. Damit dürfte sowohl der Missbrauch von Steuergeldern durch die AfD-Fraktion als auch die Blockade der Arbeit der BVV entgegen gewirkt werden.



DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Neukölln

Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf www.linksfraktion-neukoelln.de eingesehen und nachverfolgt werden.

Anfragen

2229/XX Vorteil für Mieter*innen bei Vergesellschaftung gewinnorientierter großer Berliner Immobilienkonzerne nach § 15 Grundgesetz

2234/XX Vermeidung von Fahrradunfällen auf aufgegebenen Bürgersteigradwegen

2283/XX Wohnungsamt personell verstärken

2287/XX Corona-Testungen an den Neuköllner Schulen

Anträge

2211/XX Rekommunalisierung der Schulreinigung im Doppelhaushalt 2022/23 umsetzen

2213/XX Verkehrswende in Neukölln umsetzen

2254/XX Erinnerungstafel an Zwangsarbeiterlager in der Hufeisensiedlung

2260/XX Mieter*innen vor Nachzahlungen und Wohnungsverlust schützen

Mietendeckel gekippt. Enteignung jetzt!

LINKE EntschlieÙung für das Volksbegehren "Deutsche Wohnen & Co. enteignen" scheitert an der SPD.

Einwohner:innenfragen

Erneut ist die Verkehrsbelastung im Schillerkiez Thema in der Einwohner:innenfragestunde. Außerdem geht es um die Sondernutzung öffentlichen Straßenlands für die Gastronomie. Das Bezirksamt untersagt das Aufstellen von Bänken und Tischen auf Teilen von Gehwegen und Parkplätzen. Ebenfalls Thema ist der Verkauf von Häusern in der Flughafenstraße/Hermannstraße und die mögliche Anwendung des Vorkaufsrechts durch den Bezirk.

EntschlieÙungen

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Land Berlin die Zuständigkeit für die Regulierung von Miethöhen abgesprochen und damit den Mietendeckel für nichtig erklärt. Dafür bleibt für das Land Berlin nur noch die Möglichkeit der Rekommunalisierung großer Wohnungsbestände, um die Miethöhen zu regulieren. Deshalb brachte Marlis Fuhrmann für DIE LINKE eine EntschlieÙung zur Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ein. Die EntschlieÙung wurde gegen die Stimmen von LINKE und Grünen abgelehnt. Auch die SPD-Fraktion sprach sich gegen die Rekommunalisierung aus.

Ebenfalls abgelehnt wurde eine EntschlieÙung der FDP zur Fertigstellung des 16. und 17. Bauabschnitts der Berliner Stadtautobahn A 100, der sich die CDU-Fraktion anschloss. Für DIE LINKE sprach sich Thomas Licher gegen den Weiterbau der A100 und stattdessen für den Ausbau des ÖPNV und der Radinfrastruktur aus.

Blockade durch die AfD

Die AfD versuchte weiter den Verlauf der Sitzung maximal zu verzögern und gibt bei jedem einzelnen Tagesordnungspunkt unqualifizierte Redebeiträge ab. Bei der Wahl zum Milieuschutzbeirat fand der Kandidat der AfD auch diesmal keine Mehrheit.

Mündliche Anfragen

Nach dem desaströsen Urteil zum Mietendeckel erkundigt sich Doris Hammer, inwieweit die vier Stellen im Bezirksamt, die für die Kontrolle der Einhaltung des Mietendeckels geschaffen wurden, umgewidmet werden können. Die Stellen würden dringend im Bereich der Zweckentfremdung von Wohnraum oder bei der Bearbeitung der über 2000 offenen Wohngeldanträge gebraucht werden.

Geschütztes Marktsegment

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE sollte das geschützte Marktsegment der landeseigenen Wohnungsgesellschaften ausgeweitet werden. Diese Wohnungen dienen insbesondere der Unterbringung von wohnungslosen Menschen und sind ein wichtiger Bestandteil des Housing-First-Konzepts in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Die Senatsverwaltungen unter der Zuständigkeit von Elke Breitenbach und Sebastian Scheel (beide LINKE) konnten verkünden, dass künftig Mikroappartements das Segment erweitern werden. Außerdem sei man im Gespräch mit privaten und den landeseigenen Wohnungsunternehmen über die Ausweitung des Angebots im geschützten Marktsegment.



DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Neukölln

Kontakt

Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin,
Fraktionsbüro im Raum A307
Fon: +49.30.90239-2003
Fax: +49.30.90239-3482
linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de

Sprechstunden

Montags 14-18 Uhr
Dienstags 10-14 Uhr
Donnerstags 14-18 Uhr

Termine

10. Mai 2021 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung
17. Mai 2021 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung
19. Mai 2021 / 17:00 Uhr
Öffentliche Sitzung der BVV
14. Juni 2021 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung
21. Juni 2021 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung
23. Juni 2021 / 17:00 Uhr
Öffentliche Sitzung der BVV

Die Fraktionssitzung findet pandemiebedingt als Videokonferenz statt. Gäste erhalten einen Einladungslink über das Fraktionsbüro. Die BVV kann im Livestream auf Youtube verfolgt werden.